

Artikel von Claudia Blumer über die Gesuche und die Obergrenze für Solidaritätsbeiträge an ehemalige Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen.

In der Printversion unter dem Titel "Eine Generation bleibt stumm" erschienen, Tages-Anzeiger, Zürich, 15. Juli 2017, mit 8 Kommentaren

URL: <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Verdingkinder-Streit-um-nicht-abgeholte-Millionen/story/11334421#mostPopularComment>
(Stand 19. Juli 2017)

TagesAnzeiger

«Sie wollen sicher kein Geld vom Staat»

Wiedergutmachung: Nur ein Bruchteil der Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen hat sich bisher beim Bund gemeldet.



Juli 1954: Feldarbeit in der Armenerziehungsanstalt Dorneren im bernischen Wattenwil. Foto: Walter Studer

[Claudia Blumer](#)

Inlandredaktorin

[@claudia_blumer](#) [Kommentare 8](#)

Auf dem Gesuchsformular müssen sie ankreuzen: Heim-, Verding- oder Pflegekind, Zwangsabtreibung, Zwangssterilisation oder Psychiatrie/Zwangsmedikation. Weiter unten heisst es: Beschreiben Sie kurz, warum Sie sich als Opfer im Sinne des

Gesetzes betrachten. Und: Listen Sie alle Dokumente auf, die Sie diesem Gesuch beilegen und die geeignet sind, Ihre Opfereigenschaft aufzuzeigen.

Bis 1981 konnten die Behörden relativ unkompliziert verfahren, wenn Leute den gängigen Vorstellungen nicht entsprachen. Ledigen Müttern wurden die Kinder weggenommen, junge Frauen wurden wegen sogenannt liederlichen Lebenswandels eingesperrt oder zwangssterilisiert. Wenn Eltern Probleme hatten, kamen ihre Kinder ins Heim oder auf einen Bauernhof, wo sie ausgebeutet und misshandelt wurden.

Im Herbst 2016, 35 Jahre nach der Abschaffung der Versorgungsgesetze, hat das eidgenössische Parlament 300 Millionen Franken für die Opfer gesprochen. Wer sich innerhalb eines Jahres meldet, soll 25'000 Franken bekommen. Dies angesichts der Tatsache, dass viele Betroffene bis heute in finanziell schwierigen Verhältnissen leben, und als Zeichen der Solidarität und Anerkennung des erlittenen Leids. Die Wiedergutmachungs-Initiative, die Ähnliches gefordert hatte, wurde daraufhin zurückgezogen.

Manche wollen nicht reden

Nun zeigt eine erste Bilanz, dass sich viel weniger Menschen für den Solidaritätsbeitrag melden, als der Bund und die Initianten erwartet hatten. Man geht von rund 20 000 noch lebenden Opfern aus, wobei die Initianten deren Zahl höher einschätzen als der Bund. Bis Anfang Juli haben aber erst 2536 Personen ein Gesuch gestellt. Dies teilte das Bundesamt für Justiz mit. Nun sind zwar erst wenige Monate verstrichen, doch es lässt sich bereits sagen: Wenn die Zahl der Anmeldungen konstant bleibt, wird sich am Ende der Frist im Frühling 2018 lediglich ein Drittel der erwarteten Personen gemeldet haben.

Historiker Thomas Huonker, Mitglied des Initiativkomitees, fordert deshalb, dass die Obergrenze von 25'000 Franken pro Person aufgehoben wird. Der Bund müsste sonst nur gegen 100 Millionen Franken an die Opfer auszahlen, was laut Huonker «schäbig» wäre. Gemäss Parlamentsbeschluss bleibt das restliche Geld in der Bundeskasse. Huonker fordert, dass die ganze Summe verteilt wird und die Gelder schon vor Ablauf der Anmeldefrist ausbezahlt werden, weil viele Betroffene alt und krank seien. Initiant Guido Fluri ist anderer Meinung. «Ich wäre vorsichtig, jetzt schon zu sagen, es haben sich zu wenig angemeldet», sagt er. Man müsse den Betroffenen die Möglichkeit geben, die Frist auszunützen, denn viele von ihnen hätten verständlicherweise Mühe mit dem Gang zu den Behörden. Die Gelder vor Ablauf der Anmeldefrist zu verteilen oder die Obergrenze pro Person heraufzusetzen, lehnt Fluri ab. Denn jene, die nicht so leicht über ihr Schicksal sprechen können, wären damit mehrfach bestraft: durch ihre Geschichte sowie die Schwierigkeit, darüber zu reden und das Geld entgegenzunehmen.

Über die Gründe für die tiefe Zahl der Gesuche kann man nur mutmassen. Entweder leben viele Betroffene nicht mehr. Oder sie können sich nicht zu diesem Schritt überwinden. Vielleicht wollen sie dem Staat nicht verzeihen, wie er sie behandelt hat. Oder sie schaffen es nicht, über ihre Erfahrungen zu reden. Oder sie schämen sich für ihr Schicksal.

Mitarbeiter des Bundes und des Initiativkomitees, die Betroffene kennen, vermuten genau dies: dass viele die Wiedergutmachungs-Bemühungen als Hohn empfinden, Angst haben, nichts mehr damit zu tun haben wollen oder überfordert sind. Daniel Lis zum Beispiel, der während seiner Zeit bei der Expertenkommission «Administrativ Versorgte» mit vielen Opfern gesprochen hat, sagt: «Manche wollten reden, andere nicht.» Er kann gut nachvollziehen, weshalb die Zahl der Gesuche auf tiefem Niveau bleibt. Ein Problem sei das Vertrauen. Diese Menschen seien vom Staat zu Menschen zweiter Klasse degradiert worden. «Von Behördenmitgliedern, die sie nicht einmal kannten, wurden sie in den Akten als Säufer, Liederliche oder Schizophrene klassifiziert. Teilweise waren Familien über mehrere Generationen hinweg betroffen. Was gibt diesen Menschen die Gewissheit, dass der Staat jetzt definitiv auf ihrer Seite ist? Dass der Goodwill nicht nur für kurze Zeit anhält?» Viele schämten sich für ihr Schicksal, oder sie lebten noch heute mit dem Gefühl, selber schuld zu sein, sagt Lis. «Das Stigma lastet immer noch auf ihnen.»

Er hat einen Zeitzeugen getroffen, Mitte 50, in prekären Verhältnissen lebend. Zusammen mit einem weiteren Zeitzeugen ist er der einzige noch Lebende aus einer früheren Gruppe von zehn Jugendlichen in einem Heim für Schwererziehbare. Die anderen seien gestorben: Durch Suizid oder an Suchtkrankheit. Daniel Lis erzählt von jenen, die es geschafft haben, auch finanziell, und die mit ihrer Vergangenheit abgeschlossen haben, die «sicher kein Geld vom Staat wollen».

Kampagne geplant

Das Bedürfnis vieler Betroffener wäre es, dass man sich Zeit nimmt für sie, sagt Lis. Damit sie ihre Geschichte erzählen können. Diese Erfahrung machen auch Mitarbeiter des Bundesamts für Justiz. Manche Betroffene geben sich dort als Opfer zu erkennen, wollen aber kein Gesuch stellen, sondern reden. Sie werden von den Mitarbeitern des Bundes ermutigt, das Geld zu beantragen, das ihnen laut Gesetz zusteht. Bei manchen fehlen Beweisdokumente. In diesen Fällen ist der Bund kulant. Es genügen plausible Schilderungen, die sich anhand gewisser Eckwerte überprüfen lassen. Manche sind mit dem Ausfüllen des Gesuchs überfordert, dann werden sie unterstützt.

Guido Fluri, Initiant der Wiedergutmachungsinitiative, macht ähnliche Erfahrungen wie Daniel Lis. Auch jetzt, während die Aktion des Bundes läuft, gelangen viele Betroffene an Fluri, statt beim Bund das Geld abzuholen. Sie wollen nicht ankreuzen und Dokumente beilegen, sondern reden.

Fluri hat die Opfer via Medien dazu aufgerufen, sich beim Bund zu melden. Es seien keine Almosen, sondern eine Anerkennung des erlittenen Unrechts, sagte er. Wer das Geld nicht behalten wolle, könne es immer noch weitergeben. Nun plant er mit dem Bund eine Informationskampagne in Arztpraxen und Heimen, um die Information breiter zu streuen. Das könnte wirken: Nachdem das Bundesamt für Justiz letzte Woche vor die Medien getreten ist, stieg die Zahl der Gesuche deutlich an.

Laut Historiker Lis stellt sich jedoch grundsätzlich die Frage: Wie nachhaltig ist diese Solidaritätsbekundung der Politik? Hat sich wirklich etwas geändert in unserer Gesellschaft? Oder werden diese Leute immer noch ausgegrenzt? Er hofft, dass die Opferperspektive in der geplanten Nationalfonds-Studie zur Aufarbeitung der Zwangsmassnahmen gebührend Platz einnehmen wird.

(Tages-Anzeiger)

Erstellt: 14.07.2017, 22:48 Uhr

Kommentare

- Jost Andreas vor 1 Tg.

Wir leben in einer Zeit in welcher Grundsatzfragen nicht mehr gestellt werden (dürfen) und wo das Wischwaschi der Diplomatie zum guten Benehmen zählt. Unverpackte und klare Kritik wird nicht als konstruktives Element, sondern als persönlicher Angriff gewertet. Und statt uns auch auf mentaler Ebene weiter zu entwickeln, wird unser Leben damals wie heute von überliefertem Rollenverhalten bestimmt. Weshalb es ein Armutszeugnis, doch kaum verwunderlich ist, dass wir aus der Geschichte kaum etwas gelernt haben. Denn sonst würden viele Kommentare zu dem Thema FSZM sicherlich anders ausfallen. Genauso wie dann auch auf politischer Ebene anders gehandelt worden wäre. Denn diese gedeckelten 25'000 stehen nun einmal in keinem Verhältnis zum Schaden und sind somit beschämend.

[Empfehlen \(1\) MeldenTeilenAntworten](#)

- Sonja Fuchs vor 1 Tg.

Fortsetzung Schweizerin. . .Wir wurden nicht mehr Vollzeitig angestellt nur noch im Stundenlohn, so dass der Betrag nie so hoch kam, dass wir uns bei der Pensionskasse versichern konnte. Also man hat uns schlichtweg die Pensionskasse gestohlen. Das bisschen Zusatzleistung, dass wir zur AHV bekommen sollte als Hilfsleistungen abdecken z.B. für mich als Blinde, Post, Einkaufen usw. das darf nur 4800.- im Jahr kosten. Wohnungen bekommen wir keine, niemand will Rentner. Aber mit dem bisschen EL können wir auch nicht frei verfügen, wie die Pensionskassenbezüger. Wir müssen in der Schweiz bleiben und demnächst unter der BRücke schlafen. Ich muss mich mit frustrierten, arroganten Sozialarbeiterinnen rumschlagen, die nichts anderes können als uns Steine in den Weg schmeissen.

[Empfehlen \(5\) MeldenTeilenAntworten](#)

- Sonja Fuchs vor 2 Tg.

Schweizerin mit ehemaligem Schweizer Partner. Ich habe diese Kommentare gelesen. Es ist der Horror, wie man über uns schreibt. Ich bin Opfer, sowie mein Partner auch. Er konnte als Rentner sich lange keine Krankenkasse mehr leisten. Ich hätte ihn nicht mit zehn Pferden zum Sozialamt gebracht oder ion einen Spital, denn er war sehr krank. So lebte er mit vielen Schmerzmitteln ohne Behandlungen, bis er dann zusammensackte und starb. Er war Verdingbub mit 5 Jahren und musste beim Bauern mit der Karette Steine schleppen. Ich selbst, als heute 95 Prozent blind gewordene Rentnerin, geht es saudreckig, so wie vielen anderen, die EL beziehen. Zu unserer Zeit hatten die feinen Politiker uns Frauen ein dickes Ei gelegt.

[Empfehlen \(6\) MeldenTeilenAntworten](#)

- Frank Zuffnik vor 2 Tg.

Dass da viele stumm bleiben, das war doch von Anfang an der Plan. Die Politikergeneration welche bis 1980 fuer die Sauereien verantwortlich war, die hielt sich ja bisher auch vornehm zurueck. Anzunehmen dass jetzt die Opfer vor dem langsamen Ableben den Fehlbaren noch schnell mit ein bisschen Geld aus den Taschen der naechsten Generation die Absolution erteilen wuerde, das schlaegt doch daher wieder in dieselbe Kerbe, durch die das Unrecht ueberhaupt erst entstanden ist.

[Empfehlen \(6\) MeldenTeilenAntworten](#)

- Agnes Franzen vor 2 Tg.

@Zuffnik: Sie messen Taten des vergangenen Jahrhunderts an den juristischen und hypermoralischen Massstäben von heute. Ihre Argumentation ist so falsch wie Ihre Interpunktion.

[Empfehlen \(3\) MeldenTeilenAntworten](#)

- Hans Kohl vor 1 Tg.

Sie schreiben von "juristischen und hypermoralischen Massstäben" von heute ?Auch heute werden unliebsame kritische BürgerInnen ohne rechtliche Grundlage "versorgt", aktuell plant die SBB einen Angriff auf "Randständige" am Bahnhof usw.

Wer kein Geld hat in der "reichen" Schweiz, wird auch weiterhin ausgegrenzt u. dem alltäglichen Faschismus ausgesetzt u. Betroffene haben keine Lobby, die ihnen zu ihrem Recht verhilft. Bei Ihnen mag vielleicht die Interpunktion stimmen, aber das Verständnis des Textes und der sozialen Situation, damals wie heute, fehlt Ihnen- und übrigens- die Bundesverfassung, die die Menschenwürde eines jeden Einzelnen als unantastbar verbürgt, gab es schon zur Zeit der Opfer dieser Zwangsmassnahmen, die Sie hier mit Ihrem überheblichen Kommentar ins Lächerliche ziehen wollen.

[Empfehlen \(0\) MeldenTeilen](#)

- H. Meier vor 2 Tg.

Selbstverständlich ist es unverzeihlich, was man bis ca. 1980 mit den Zwangsmassnahmen vielen Leuten angetan hat. Heute heissen die Schwererziehbarenheime einfach anders. Und dass ihre Insassen teils suchtkrank wurden... ...Glaubt jemand, das sei heute alles anders?

[Empfehlen \(6\) MeldenTeilenAntworten](#)